

## Redaktioneller Teil

### Bekanntmachung der Geschäftsstelle

betr.: Deutsche Forderungen in Ungarn

Als Unterlagen für Verhandlungen, die dem beschleunigten Einzug der ungarischen Schulden an deutsche Verleger und Buchhändler dienen, werden umgehend folgende Angaben benötigt:

1. sind alle Forderungen reichsdeutscher Firmen zu melden, die 1000 Pengö nicht überschreiten,
2. davon getrennt alle Forderungen über 1000 Pengö.

Aus den Meldungen muß ersichtlich sein:

- a) Firma des Gläubigers;
- b) Adresse oder Firma des Schuldners;
- c) die Höhe der Forderung;
- d) wann die Forderung entstanden ist;
- e) Fälligkeit der Forderung;
- f) ob und wann die Forderung der Reichsbank gemäß der Bekanntmachung des Reichsbank-Direktoriums vom 11. Juni 1932 mit den hierfür ausgegebenen Formularen gemeldet wurde. (Die Reichsbank ließ sich alle bis zum 31. Dezember 1932 fälligen Auslandsforderungen nach dem Stande vom 15. Juni 1932 melden.)

Diese Angaben werden von uns streng vertraulich behandelt. Es liegt aber im Gesamtinteresse, uns die Meldungen sofort und lückenlos zu erstatten.

**Bis Mittwoch, den 19. Oktober 1932, müßten die Meldungen in der Geschäftsstelle in Leipzig sein.**

Leipzig, den 14. Oktober 1932.

Dr. Heß.

### Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Das Ankerbelungsproblem — Die Weltwirtschaftskonferenz —  
Buchgewerbliches — Die Kulturretats.]

Mit einer gewissen Spannung hält man jetzt schon Ausschau nach Anzeichen für eine positive Wirkung der Ankerbelungsmaßnahmen der Reichsregierung. Man wird sich aber darüber im klaren sein müssen, daß statistische Belege noch nicht vorliegen können. In den Statistiken, die ohnehin stets erst in einem gewissen Abstand veröffentlicht werden, können Auswirkungen der Maßnahmen, die das Unternehmertum von jetzt an auf Grund der Regierungsverordnungen wirklich trifft, außerdem schwerlich sofort, sondern erst nach einiger Zeit ihren Niederschlag finden und sichtbar werden. Wer also nur Zahlen als beweiskräftig gelten lassen will, muß zunächst warten, demgemäß aber auch mit dem Urteil zurückhalten. Es dürfte unter diesen Umständen auch richtiger sein, in der Bewertung der jüngsten Zahlen des Arbeitsmarktes einige Zurückhaltung zu üben. Nichts wäre verfehlter als voreiliger, auf Trugschlüssen aufbauender Optimismus. In welchem Umfang tatsächlich schon eine Entlastung des Arbeitsmarktes, eine Rückbildung der Arbeitslosigkeit, eingetreten sein möchte, kann erst eine sehr eingehende Prüfung der Einzelheiten erweisen. An sich ist es unter allen Umständen schon ein Gewinn, wenn weitere Freisetzung von Arbeitskräften vermieden und verhütet werden konnte. Läßt sich das als Folge des neuen Regierungskurses erweisen, so

ist tatsächlich ein erster Erfolg da, den man auch als zunächst völlig ausreichend bezeichnen könnte. Weckung neuen Vertrauens und Wiederbelebung der Unternehmungslust war ja erstes, wenn nicht einziges Ziel der Regierungspolitik. Luther wie Papen appellierten in erster Linie an die Selbsthilfe des Unternehmertums. Die Wirtschaft selbst muß sich wieder regen. Nur das kann ja dann auch in den Statistiken sichtbar werden. Darin kommt auch der Unterschied zwischen törichtem, unberechtigtem Optimismus, der meint, es sei schon alles erledigt, und jenem Mut und Selbstvertrauen, auf die es wirklich ankommt, zum Ausdruck. Trügen aber nicht alle Zeichen, so ist wirklich ein Auftrieb in dieser Hinsicht bereits nachweisbar. Man hört an mehr als einer Stelle, daß eine gewisse Belebung fühlbar wird. Entscheidend ist dann, daß sie nicht vorzeitig wieder versandet. Es steht zu viel auf dem Spiele.

Daß noch keineswegs alle Schwierigkeiten behoben sind und daß noch Anlaß genug zur Besorgnis vorhanden ist, wird niemand bestreiten, der die Dinge nimmt, wie sie wirklich sind, und den Problemen klar ins Auge zu sehen gewöhnt ist. Das gilt für die Innen- wie die Außenpolitik. Gerade bei einer solchen Zusammenschau aller Einzelfragen zeigt sich aber auch, daß man der Lage nicht gerecht wird, wenn man die Maßnahmen der Regierung nur getrennt für sich kritisiert und die Bewertung nur auf jede für sich abstekt. Es muß wirklich die Politik der Regierung als Ganzes genommen werden, wenn man klar sehen will. Da wird freilich sofort eine nicht unbedeutliche Schwäche oder wenigstens ein Schönheitsfehler sichtbar. Man kann nicht sagen, daß alle Verlautbarungen der Regierung wirklich immer eine eindeutige Linie eingehalten hätten. Warmbold sprach anders als Braun, Schleicher anders als Neurath. Sollten dahinter unüberbrückbare Gegensätze stecken, so wäre das zu bedauern. Handelt es sich nur um Temperamentsunterschiede des Ausdrucks, so kann man im großen Ziel doch wohl auf die Einheitlichkeit vertrauen, die unerläßliche Voraussetzung des Erfolgs ist. Die Äußerungen des Reichsanzlers selbst zeigten bisher erfreulicherweise noch immer die große gemeinsame Linie. Das gilt insbesondere für die letzte große Rede in München. Hier zeigte er vor allem, wie auch die Haltung in der Abrüstungsfrage letzten Endes mit im Rahmen der Bestrebungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft steht. Beruhigend wirkt ebenso die Versicherung, daß die der Landwirtschaft bewilligten Kontingente keine grundsätzliche, endgültige Umstellung unserer Handelsvertragspolitik bedeuten sollen, daß sie vielmehr nur vorübergehend Mittel zum Zweck sind, um die Bewegung gegen die Hochschußzollpolitik der Welt zu verstärken. Auf diese außenpolitischen Zusammenhänge, die im übrigen auch bei der Zinsabschlagzahlung an die Landwirtschaft eine Rolle spielen, wird noch zurückzukommen sein. Innenpolitisch ist in erster Linie auf die Verfassungsreformfrage einzugehen. Der Reichsetat ist zwar mit Hilfe nochmaliger Abstriche ins Gleichgewicht gebracht worden. Es ist aber zu befürchten, daß die Einnahmen die geschätzten Umsätze nicht erreichen und daß dadurch ein neues Defizit von etwa 500 Millionen entstehen könnte. Dazu kommt die unbefriedigende Lage der Länder- und Gemeindefinanzen. Dagegen ist mit bloßer Statsarithmetik nicht mehr auszukommen, zumal nachdem mit den Steuerzeichen — über sie berichtete neulich Rechtsanwalt Dr. Runge — die künftige Statsgestaltung weitgehend vorbelastet ist. Das erklärt die unbedingte Notwendigkeit, Erleichterung durch die längst brennende Reichs- und Verwaltungs-